

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Stadtschriften

des Landesverbandes Oberösterreichs des Zentralverbandes der Landesorganisationen der Kriegsinvaliden u. Kriegerhinterbliebenen in Linz a. D.
Redaktion, Verwaltung u. Expedition: Linz, Promenade 11, Tel. Aut. 4103. — Redaktionschluss am 15. jeden Monats
Erscheint monatlich einmal. Für Nichtmitglieder 15 Groschen.

Nr. 2

Lin. an der Donau, am 1. Februar 1930.

8. Jahrgang.

Probleme der Kriegsofferfürsorge in Oesterreich.

Es gibt wohl keinen Menschen mehr in Oesterreich, der mit den Fragen des öffentlichen Lebens vertraut ist, der behaupten würde, daß die Versorgung der Kriegsoffer in Oesterreich eine entsprechende sei. Angefangen vom zuständigen Ressortminister bis zum einfachen Staatsbürger besteht allenthalben die Auffassung, daß die Kriegsofferfürsorge in Oesterreich trotz des zehnjährigen Bestehens des Invaliden-Entschädigungs-Gesetzes bis heute ein Problem geblieben ist. Man wäre nun versucht zu meinen, daß man der Lösung dieses Problems wohl jene Aufmerksamkeit schenke, die dieser großen sozialen Frage gebührt.

Es muß festgestellt werden, daß zwar von berufener Seite immer wieder erklärt wird, der Not der Kriegsofferschafft müsse ein Ende bereitet werden und es gehöre zu den dringlichsten Aufgaben einer Regierung, auf diesem Gebiete Abhilfe zu schaffen. Doch darüber hinaus gelangt man nicht und die mit Recht erwarteten Taten bleiben aus.

Wir hören auch immer wieder, daß in der Auffassung über die Frage einer Verbesserung der Invaliden-Gesetzgebung keine Unterschiede parteipolitischer Natur bestehen sollen und nicht bestehen dürfen. Wir stehen, um es vorweg zu sagen, auf dem Standpunkt, daß die Fürsorge für die Opfer des großen Krieges keine Frage der Parteipolitik sein darf, oder besser gesagt, nicht sein soll. Wenn man jedoch die Geschichte der Kämpfe der Kriegsofferschafft um eine ausreichende Versorgung eingehend studiert, so könnte man oftmals der Auffassung sein, als ob politische Erwägungen doch nicht ganz ausgeschaltet wären.

Es ist nicht Aufgabe dieses Artikels, näher auf die Geschichte des Kampfes um eine bessere Versorgung einzugehen. Doch soll kurz aufgezeigt werden, wie sich in den letzten Monaten die Frage der Lösung des Fürsorgeproblems für die Kriegsoffer entwickelt hat.

Der Zentralverband der Kriegsinvaliden mit seinen Landesverbänden hat, wie allgemein bekannt, schon kurz nach Verabschiedung der völlig unzulänglichen X. Novelle des Invaliden-Entschädigungs-Gesetzes, die übrigens ganz zu Unrecht den Namen X. Novelle trägt, die ernste Forderung nach einer geregelten Versorgung den zuständigen Faktoren überreicht. Man kann nun nicht sagen, daß man sich ernsthaft mit diesen eingehend begründeten Forderungen beschäftigt hätte. Die Antwort der Regierung war ablehnend, mit der uns schon seit Jahren bekannten Begründung, daß die notwendige Bedeckung für die dadurch entstehenden Mehrauslagen nicht vorhanden sei. Uns scheint diese Begründung trotz der Erkenntnis des ärmlichen Staatshaushaltes denn doch als zu leicht genommen und ist es begreiflich, daß diese Art der Begründung innerhalb der breiten Massen der Kriegsofferschafft mit berechtigtem Mißtrauen vernommen wird. Es wäre schon notwendig, daß die Regierung sich ein wenig mehr mit der Frage beschäftigen würde. Auf die Dauer wird

man die Geduld der Kriegsoffer nicht mehr mit solchen Begründungen beruhigen können und der Unmut, der sich durch die ganzen Jahre hindurch angesammelt hat, wird eines Tages zur Auslösung gelangen. Es kann mit vollem Recht behauptet werden, daß gerade die österreichischen Kriegsoffer bis heute eine Ruhe gezeigt haben, die in Ansehung ihrer bitteren Lage als bewunderungswürdig bezeichnet werden muß. Diese Einstellung ist nicht zuletzt auf die Einwirkung unserer Organisation zurückzuführen, die unablässig bemüht ist, die Schwierigkeiten, in denen sich dieser Staat befindet, aufzuzeigen.

Es war wirklich keine Kleinigkeit, nach all den furchtbaren Erlebnissen und Enttäuschungen, die die Opfer des Krieges mitmachen mußten, diese geistige Einstellung der Liebe zum Heimatland und zur Republik zu erzielen. Eine gewaltige und unermüdete Aufklärungsarbeit war notwendig, um die mißbrauchten Menschen wieder mit Vertrauen zum Staat zu erfüllen. Wenn man will, daß dieses für den Staat so wertvolle Gut erhalten bleibe, dann muß man wirklich Staatspolitik betreiben, die auch derjenigen gedenkt, die das Leben bisher nur von der schlechten Seite kennen gelernt haben. Es nützen alle, auf die Herbeiführung einer staatsstreuen Einstellung gerichteten Bestrebungen nichts, wenn immer und immer wieder sichtbar wird, daß der Staat seine notwendigsten Verpflichtungen nicht erfüllt. In leidenschaftlicher Begeisterung haben die Kriegsoffer in Oesterreich den Ruf des Zentralverbandes im Herbst des vorigen Jahres vernommen, der dahin ging, die große Öffentlichkeit über die wirkliche Lage der Kriegsofferschafft in Oesterreich aufzuklären und sie um die Unterstützung in dem gerechten Kampfe zu ersuchen.

Mit Genugtuung kann die Tatsache verzeichnet werden, daß die Öffentlichkeit diesem Ersuchen die größte Aufmerksamkeit geschenkt hat. Wer die Einstellung, insbesondere der ländlichen Bevölkerung zu sozialpolitischen Fragen kennt, weiß, daß solche Fragen sehr oft auf den hartnäckigsten Widerstand der ländlichen Bevölkerung stoßen. Ganz im Gegenteil konnten wir bei unserer letzten Aktion wahrnehmen, daß auch dieser Teil der Bevölkerung die Forderungen nach Verbesserung der sozialen Fürsorge für die Kriegsoffer eingehend unterstützte. Die meisten der 500 Gemeindevertretungen Oberösterreichs haben unseren Kampf tatsächlich aktiv unterstützt, dadurch, daß sie einstimmige Beschlüsse faßten, die eine Aufforderung an die Regierung enthielten, ehestens Abhilfe zu schaffen. Es war, um es kurz zu sagen, der Wille der überaus großen Mehrheit des Volkes, daß den Kriegsoffern geholfen werde, vorhanden. Die Regierung, die letzten Endes das Vollzugsorgan des gerechten Willens der Bevölkerung sein soll, hat leider in ganz unzureichendem Ausmaße diesen Willen respektiert. Anstatt, daß man sich wirklich ernstlich und eingehend mit den Forderungen beschäftigt hätte, hat man sich die Sache sehr einfach und leicht gemacht, und dadurch über die Situation hinweggeholfen, daß man kurzerhand die in der X. Novelle geschaffene einmalige Weihnachtsaushilfe verdoppelte. Diese Verdoppelung der Weihnachtsaushilfe nannte